

1. Sitzung des XXVIII. Vorarlberger Landtages im Jahre 2008 am 30. Jänner 2008 TOP 12 – Sicherheit für Pflegegeldempfänger

Präsident: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12,

Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu einem Selbständigen Antrag der Abgeordneten Wieser, Dr. Nußbaumer und Kollegen betreffend Sicherheit für Pflegegeldempfänger (Beilage 126/2007),

im Sozialpolitischen Ausschuss am 16.1.2008 behandelt. Zum Berichterstatter wurde der Abgeordnete Mag. Siegfried Neyer bestellt. Ich eröffne die Debatte in zweiter Lesung und bitte den Herrn Berichterstatter um seinen Bericht.

Mag. Neyer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Selbständige Antrag der Abgeordneten Wieser, Dr. Nußbaumer und Kollegen betreffend Sicherheit für Pflegegeldempfänger, Beilage 126/2007, wurde in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 16. Jänner 2008 behandelt. Freiheitlichen-Klubobmann Amann erklärte im Ausschuss, dass derzeit bei der Zuerkennung von Landes- bzw. Bundes-Pflegegeld der Pflegebedarf unterschiedlich beurteilt werde. Ein Wechsel der Leistungszuständigkeit vom Land zum Bund zum Beispiel im Fall einer Pensionierung führe aufgrund dieser Unterschiede oftmals zu einer niedrigeren Pflegegeldeinstufung, obwohl es zu keiner Änderung des Gesundheitszustandes gekommen ist. Diesen Missstand gelte es im Sinne der Betroffenen zu beseitigen.

Die Freiheitlichen stellen daher gemeinsam mit der ÖVP-Fraktion folgenden Antrag: "Der Vorarlberger Landtag wolle beschließen, die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Bundes-Pflegegeld im Sinne des § 3 Abs. 3 des Vorarlberger Pflegegeld-Gesetzes ergänzt wird."

Abgeordnete Sader von der SPÖ meinte, dass es auf Bundesebene ohnehin bereits eine Arbeitsgruppe, die auch diese Frage erörtere, gebe und der Antrag vertagt werden solle, bis die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe vorliegen würden. Nachdem sich aber in der anschließenden Diskussion gleich zeigt, dass keine andere Fraktion diesem Anliegen näher tritt, stellt sie folgenden Abänderungsantrag: "Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass die bereits in Diskussion stehenden Änderungen bei der Pflegegeldeinstufung möglichst rasch im Bund wie auch in den Ländern umgesetzt werden."

ÖVP-Klubobmann Gögele betont, dass seine Fraktion diesen Änderungsantrag der SPÖ nicht unterstützen werde, da ja nicht einmal bekannt sei, was in dieser Arbeitsgruppe überhaupt konkret diskutiert werde. Dieser Meinung schließen sich auch die Freiheitlichen an.

Klubobmann Rauch erklärt, dass seine Fraktion sowohl dem Stammantrag der Freiheitlichen und der ÖVP als auch dem Änderungsantrag der SPÖ die Zustimmung geben werde. Dies begründet er damit, dass auch die ÖVP-Fraktion des Öfteren wie die SPÖ-Fraktion in dieser Frage agiere.

Die Abstimmung ergibt schließlich folgendes Bild: Der Änderungsantrag der SPÖ bleibt mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen in der Minderheit; der Stammantrag wird mit den Stimmen von FPÖ, ÖVP und Grünen mehrheitlich angenommen. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Diskussion zu eröffnen und über den Antrag abstimmen zu lassen.

Präsident: Danke! Die Abgeordnete Wieser ist zu Wort gemeldet.

Wieser: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Sicherung der erforderlichen Betreuung und Hilfe erhalten pflegebedürftige Menschen nach Antrag entweder ein Pflegegeld des Bundes oder des Landes. Bei der Zuerkennung und Einstufung des Pflegegeldes erfolgt derzeit eine unterschiedliche Beurteilung des Pflegebedarfs beim Bundes- und Landes-Pflegegeld. Das kann bei einem Wechsel der Zuständigkeit, zum Beispiel bei Pensionsantritt, dazu führen, dass die betroffene Person plötzlich weniger Pflegegeld erhält, obwohl sich an ihrem Zustand nichts Wesentliches verändert hat. (Zwischenruf Dr. Sader: Gar nichts hat sich verändert!) Der Grund dafür liegt im § 3 Abs. 3 des Vorarlberger Pflegegeld-Gesetzes, der wie folgt lautet: "Bei Personen, bei denen Selbstgefährdung vorliegt, gehört die Beaufsichtigung als Schutz der Person zur Verhinderung von gesundheitlichen Schäden und Verletzungen zum Pflegebedarf, für den eine entsprechende Stundenanzahl pro Monat zu Grunde zu legen ist." Insbesondere für die direkt betroffenen Pflegegeldempfänger ist es unverständlich und nicht nachvollziehbar, wenn sie in Folge eines Zuständigkeitswechsels sozusagen von einem Tag auf den anderen weniger Pflegegeld bekommen, obwohl sich ihr Zustand nicht verändert hat.

Mit dem vorliegenden Antrag, Sicherheit für Pflegegeldempfänger, soll deshalb bewirkt werden, dass die ursprünglich festgesetzte Pflegestufe auch bei einer Änderung der Leistungszuständigkeit beibehalten werden kann, sofern sich natürlich der Pflegebedarf der Pflegegeld beziehenden Person nicht wesentlich verändert hat. Darüber hinaus macht die Berücksichtigung der Beaufsichtigung für die Einstufung aller Pflegegeldempfänger Sinn, und zwar gerade im Hinblick auf die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen mit Demenzerkrankungen. Dies würde auch der geforderten Harmonisierung von Bundes- und Landes-Pflegegeld entgegenkommen. Mit dem vorliegenden Antrag wird deshalb die Landesregierung ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Bundes-Pflegegeld im Sinne des § 3 Abs. 3 des Vorarlberger Pflegegeldgesetzes ergänzt wird. Ich bedanke mich beim Regierungspartner ÖVP, dass es zu einem gemeinsamen Antrag gekommen ist und auch bei den Grünen für die Unterstützung unseres Anliegens.

Nicht nachvollziehbar ist für mich die Haltung der SPÖ, die im Sozialpolitischen Ausschuss unserem Antrag nicht zugestimmt hat. (Zwischenrufe – Dr. Sader: Das ist doch nicht wahr, das war einstimmig! – Ritsch: Das stimmt nicht, das war einstimmig! – Dr. Sader: Es war einstimmig! – Ritsch: Es war einstimmig im Ausschuss!) – Tut mir Leid, dann bin ich falsch informiert worden – ich konnte leider krankheitshalber nicht an der Sitzung teilnehmen. Wenn das einstimmig ist, dann freut mich das sehr, weil es für mich sehr wichtig ist, dass ein einstimmiges Signal nach Wien ergeht, um unser Anliegen auch entsprechend zu unterstreichen. Danke! (Beifall!)

Präsident: Danke! Vizepräsidentin Dr. Nußbaumer.

Dr. Nußbaumer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Die Vorgeschichte kennen Sie. Zusätzlich zu dem, was die Frau Wieser jetzt schon ausgeführt hat, möchte ich darauf hinweisen, dass wir die betreffende Bestimmung schon seit 1999 in unserem Landes-Pflegegeldgesetz haben. Es gibt zwar eine nicht ganz vergleichbare, aber doch eine Bestimmung im Bundes-Pflegegeldgesetz, das ähnlich auf die Problematik hinweist, aber erst ab Pflegestufe 6, und nur bei ständiger Anwesenheitsnotwendigkeit des Betreuers (also Tag und Nacht), und nur dann, wenn Eigengefährdung vorliegt. Also da braucht's wirklich

unbedingt eine Erweiterung der sehr eingeschränkten Sichtweise, die bisher im Bundes-Pflegegeldgesetz der Fall ist.

Der bisherige § 3 Abs. 3 Landes-Pflegegeldgesetz, der wird ja hauptsächlich bei Kindern angewendet und diese kommen ja selten in den Bezug von Bundes-Pflegegeld. Bei Erwachsenen kommt er sehr selten zur Anwendung. Und seitens des Bundes wurden bisher auch diese zwei verschiedenen Bestimmungen nicht beanstandet. Aber gerade dieser Einzelfall, der medial dann auch gespielt wurde, zeigt, wie viel Staub unterschiedliche Bewertung aufwirbelt, vor allem wenn derselbe Sachverhalt zu Grunde liegt. Daher auch unser Zögern, das Landes-Pflegegeld einseitig zu erhöhen.

Aber die gute Nachricht: Unserem Landeshauptmann ist es ja gelungen bei der Landeshauptleutekonferenz eine Einigung auch mit Bundesminister Buchinger zu erzielen und eine gemeinsame Vorgangsweise festzulegen – ich hoffe, dass das auch wirklich sehr rasch jetzt in die Tat umgesetzt wird und das Bundes- und Landes-Pflegegeld, vor allem in den höheren Stufen, massiv erhöht wird.

Dem SPÖ-Abänderungsantrag können wir auch nicht zustimmen. Mich wundert's, dass es die Grünen tun, weil es schon wirklich sehr schwierig ist, einem Abänderungsantrag, von dem man die Inhalte nicht kennt, so quasi schon im vorausgehenden Gehorsam zustimmen zu müssen. Das wird leider nicht möglich sein. Trotzdem auch Danke für die Initiative und Danke für die einstimmige Beschlussfassung nachher. (Beifall!)

Präsident: Danke! Die Abgeordnete Wiesflecker ist nun am Wort, die Abgeordnete Dr. Sader als Nächste.

Wiesflecker: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte darum, dass man die Uhr noch zurückstellt – danke, ja. Es ist schon vom Herrn Berichterstatter berichtet worden, wir werden dem Stammantrag zustimmen, auch dem Abänderungsantrag. Ich freue mich, wenn Besserstellungen, die im Landes-Pflegegeld verankert sind, auch auf die Bundesebene weitergetragen werden. Sie erinnern sich vielleicht, dass ich im letzten Jahr, in den letzten Monaten Anläufe gemacht habe, dasselbe zu tun bei der Valorisierung des Pflegegeldes – da konnten Sie mir leider nicht folgen. Ich hoffe, dass, wenn diese Realisierungen auf Bundesebene zu lange dauern, dass wir dann doch uns im Land noch darauf einigen, wenigstens im Land Valorisierungen vorzunehmen. Ich bin da eher noch skeptisch, wann diese Umsetzungen der "erheblichen Erhöhung", so wie es immer heißt, des Bundes-Pflegegeldes kommen, vor allem wenn man sich parallel dazu nicht auch Gedanken macht, wie man das Ganze finanzieren will.

Aber, ich glaube, dass wir ein brisanteres Thema im Bereich der Pflege in Vorarlberg aktuell zu diskutieren haben, das ist die Pflegequalität in den stationären Einrichtungen. Wir stehen, aus meiner Sicht, in dieser Diskussion an einem Punkt, wo es um zwei Bereiche geht: einmal um den Kontrollbereich, weil jetzt einfach verstärkt Fälle an die Öffentlichkeit gekommen sind, dass eine angemessene Pflege nicht gewährleistet ist – das aktuellste Beispiel ist das Herz-Jesu-Heim in Rankweil -, aber auch schon im letzten Jahr qualitative Mängel – da war's nicht so brisant, also da war nicht im Raum, "angemessene Pflege kann nicht gewährleistet sein", aber es waren zwei andere Heime in der Öffentlichkeit, Heime im Bezirk Bludenz, Schruns und Nüziders, wo es auch für ein Heim einen Aufnahmestopp gegeben hat, weil eben keine diplomierte Kraft rund um die Uhr zur Verfügung gestellt wurde. Ich glaube, dass wir, wie gesagt, auf der einen Seite an dem Punkt stehen, wo wir überlegen müssen, 'wie kann die Kontrolle verstärkt werden und wie kann transparent gemacht werden, wie die Qualität in den

Pflegeheimen ausschaut?' Und auf der anderen Seite an einem Punkt stehen, wo wir darüber genauer nachdenken müssen, wie die Rahmenbedingungen von Landesebene gestaltet sind. Das ist das Pflegeheimgesetz, das sind die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen von stationären Einrichtungen.

Bei dem ganzen aktuellen Fall und im Bereich der Kontrolle möchte ich eines festhalten, dass es aus meiner Sicht deshalb so wichtig ist, jetzt einen Überblick zu bekommen, wie es aussieht mit der Qualität in den Pflegeheimen, weil die Gefahr ist, dass die Qualität der Pflegeheime pauschal in Misskredit kommt. Und wir wissen natürlich schon, dass sehr viele, die meisten Heime, gute Arbeit leisten, vor allem die MitarbeiterInnen dort gute Arbeit leisten. Trotzdem, und das war auch mein Bemühen im letzten Jahr, wenn Sie sich erinnern, zum Beispiel über meine Anfrage, die ich im Juli letzten Jahres gestellt habe, haben wir strukturelle Probleme im stationären Bereich. Sie wissen auch aufgrund der Diskussionen, die wir in den letzten Monaten geführt haben, warum wir strukturelle Probleme im stationären Bereich haben. Die 24-Stunden-Betreuung zu Hause wurde sehr stark, sehr viel mehr in Anspruch genommen als es noch vor mehreren Jahren war. Das hat mit den Angeboten der Böhmisches Volkshilfe zu tun, das hat aber auch damit zu tun, dass es dort keine Vermögenseinschau gibt. Gerade im Bereich der Mittelschicht ist man einfach sehr vorsichtig damit, betreuungsbedürftige und pflegebedürftige Personen in eine stationäre Einrichtung zu geben, weil Sie wissen ja alle, dass die Personen dann unter das Sozialhilfegesetz fallen, und natürlich müssen dann Vermögen offen gelegt werden und bis vor Kurzem ist ja auch noch auf das Einkommen der Kinder zurückgegriffen worden. Hier haben wir Systemprobleme, die verursacht haben, dass vermehrt zu Hause betreut wird – das ist auch Wunsch der Betroffenen, das stimmt, aber in der Zwischenzeit 150 Betten, die noch vor wenigen Jahren gefüllt gewesen wären, weil betreuungsbedürftige, pflegebedürftige Personen, die diese entsprechende Betreuung brauchen, nicht mehr in den stationären Einrichtungen sind. Und diese 'Verlagerung', sage ich jetzt einmal, in den häuslichen Bereich hat zur Ursache, dass es einen extremen Finanzdruck im stationären Bereich gibt. Dieser finanzielle Druck, der auf diesen Häusern lastet, und zwar unabhängig von der Trägerschaft – das betone ich –, wird auf das Personal übertragen. Es kommt zu Kündigungen; es kommt dazu, dass die MitarbeiterInnen, egal ob im diplomierten Bereich oder im Pflegehilfsbereich, die noch weiterhin in den Pflegeheimen arbeiten, sehr viele Überstunden machen müssen. Deshalb war meine Frage, auch in der letzten Anfrage im letzten Jahr und jetzt neu gestellt: "Wie sieht die Übersicht aus? Wie schauen die Überstundensituationen, die Fluktuationen, die Kündigungen die Abgänge usw., wie schaut die Situation in den Pflegeheimen aus? Wann können MitarbeiterInnen durchschnittlich Überstunden abbauen?" Und es ist mir noch selten passiert, dass ich so viele Anrufe bekommen habe in den letzten Tagen und auch schon in den Monaten zuvor, die alle das Gleiche schildern. Sie bestätigen, dass es stimmt, was da an die Öffentlichkeit gelangt ist und sagen: "wir arbeiten unter extremen Rahmenbedingungen". Viele MitarbeiterInnen sind nahe am Burn-out. Und es ist einfach unglaublich, wenn sich die Politik nicht stärker mit diesen Rahmenbedingungen beschäftigt.

Wir haben zwei Anläufe gemacht, in dem Sinn, dass sofortiger Handlungsbedarf besteht im Bereich der Kontrolle, einmal indem wir einen Antrag stellen, der ja heute dann auch noch auf die Tagesordnung kommt und eventuell auch gleich zur Abstimmung kommen kann, dass der Patientenanwalt in Zukunft eine stärkere Rolle bekommt, und in der jetzigen Situation damit beauftragt wird, die qualitative Kontrolle in den Heimen zu machen. Es ist nicht so, dass wir glauben, dass die Amtssachverständigen des Landes ihre Kontrolltätigkeit nicht wahrnehmen – das tun sie, aber natürlich nur in sporadischen Überprüfungen bzw. Kontrollen, es sind auch wenige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Und das Problem ist, dass natürlich hier eine Amtsverschwiegenheit gegeben ist. Ich habe mich schon in den vergangenen Jahren, weil ich

immer wieder gehört habe, dass das ein großes Problem darstellt, bemüht, Gutachten einsehen zu können oder Informationen zu bekommen, und es war nicht möglich, hier Informationen zu bekommen, außer auf anonymer Ebene, dass sich eben Betroffene, Angehörige oder eben MitarbeiterInnen gemeldet haben, die aber auf keinen Fall öffentlich genannt werden wollten. Und der aktuelle Fall bestätigt ja traurigerweise, dass diese MitarbeiterInnen sehr Recht gehabt haben, indem sie sich nicht öffentlich zu Wort gemeldet haben, weil sie sofort mit Sanktionen zu rechnen gehabt hätten. Ich bedauere es sehr, wie sich diese Situation entwickelt. So schwierig die Situation natürlich für die angesprochene Person, die angesprochene Pflegehelferin in Rankweil ist, so gut ist es, dass diese Diskussion jetzt endlich öffentlich ist und dass wir im Land nicht mehr darum herum kommen, uns diesem Thema zu widmen. Das finde ich das Positive an dem Ganzen. Und ich bin hundertprozentig davon überzeugt, dass das nicht der letzte Fall sein wird – das sage ich Ihnen an dieser Stelle auch ganz klar. Frau Landesrätin, bitte nehmen Sie davon Abstand, wie Sie noch in der Vergangenheit gesagt haben, "dass es sich nur um Einzelfälle handeln würde" - das tut es nicht! Alle, die in diesem Bereich arbeiten, sich umhören und mit dem Bereich zu tun haben wissen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt. Es handelt sich um Strukturprobleme, und diese Strukturprobleme müssen wir dringend angehen. Danke! (Beifall!)

Präsident: Danke! Frau Dr. Sader, bitte.

Dr. Sader: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eingangs darf ich darum bitten, dass das schriftliche Protokoll und auch das mündliche Verlesen des Sitzungsprotokolls durch den Herrn Berichterstatter entsprechend korrigiert wird, wie's auch den Tatsachen entsprochen hat, nämlich so wie im Ausschuss werden wir uns selbstverständlich auch im Haus verhalten, dass dem Stammantrag selbstverständlich auch unsererseits zugestimmt wird. Unser Abänderungsantrag, den ich dann noch einmal einbringen möchte, der wurde ja schon sowohl inhaltlich wie auch vom Text her vom Herrn Berichterstatter vorgetragen, wird uns aber natürlich nicht daran hindern, dem Stammantrag zuzustimmen, der vollkommen in die richtige Richtung geht, auch wenn er wahrscheinlich relativ wenige, relativ wenige Fälle dann betreffen wird – Gott sei Dank, muss man dazu sagen.

Worauf ich im Zusammenhang mit den ungleich hohen Pflegegeldeinstufungen - da geht's jetzt ja nur darum, dass jene, die Landes-Pflegegeld bekommen und dann Bundes-Pflegegeld beziehen später, durch das, dass sie einfach in Pension kommen -, natürlich nicht zurückgestuft werden können – das ist der Inhalt des bestehenden Antrags. Es gibt aber sehr wohl Situationen, die meines Erachtens eigentlich noch häufiger vorkommen wie das Problem, das jetzt hier im Antrag besprochen und behandelt wird, und das ist das Problem, dass es relativ häufig vorkommt, dass, so lange jemand zu Hause gepflegt wird und sich beispielsweise in Pflegestufe 3 befindet, wenn er ins Heim kommt, also wenn er dann in die stationäre Pflege aufgenommen werden muss, seltsamerweise auch innerhalb von kürzester Zeit plötzlich um ein/zwei Pflegestufen hinaufgestuft wird. Ich muss Ihnen sagen, meine Damen und Herren, das halte ich für einen Zustand, der schier unerträglich ist und wo ich mir auch ganz, ganz sicher bin, dass das wesentlich mehr "Fälle" sind – unter Anführungszeichen, ich mag den Ausdruck "Fall" überhaupt nicht, aber es kürzt halt – ja – das Beschriebene ab. Also das halte ich für einen Zustand, der vordringlich zu beseitigen ist, und zwar im Land zu beseitigen ist und auch beseitigbar ist. Ich kann Ihnen ungezählte Bescheide zeigen, wo Menschen mir vorbeigebracht haben, wo wirklich innerhalb von einer Woche bis 10 Tagen, ohne dass sich am Zustand des zu Pflegenden irgendetwas geändert hätte, nur eben der Umstand, er musste einer stationären Pflege zugeführt werden, dann plötzlich statt Pflegestufe 3 Pflegestufe 5 wird. Man kann sich jetzt fragen – ich denke, ich muss das auch gar nicht

ausformulieren -, warum und wie diese Dinge zustande kommen? Das halte ich für eine Geschichte, die dringend zu sanieren wäre. Und ich würde da wirklich auffordern, vor allem die verantwortliche Landesrätin, diesen Geschichten einmal nachzugehen und nach einer systematischen Lösung zu suchen, nicht nach den berühmten Einzelfällen, die wir dann wieder nennen sollen, sondern nach einer Systemlösung für dieses Problem, das häufig auch an mich persönlich herangetragen wird, zu suchen.

Ich denke, obwohl es schon relativ spät ist, wird dieses Parlament sich heute mit dem aktuellen Thema befassen müssen, das am Tapet steht, das die Frau Abgeordnete Wiesflecker auch schon angesprochen hat. Wir haben ein Pflegeheimgesetz. Sie erinnern sich sicherlich, die SPÖ-Fraktion hat damals, mit gutem Grund, wie man jetzt sieht, auch die Grünen, mit gutem Grund dagegen gestimmt. Und der Hauptgrund unserer Ablehnung dieser Novelle damals war, dass im Gesetz eine äußerst weiche, um nicht zu sagen 'schwammige' und jederzeit verschieden auslegbare Größe beschrieben ist, nämlich die so genannte "angemessene Pflege" und das "genügende Personal" – was immer das dann in den konkreten Situationen heißen soll. Und ich denke, hier kommen wir dem Problem, das sich jetzt ja nur als Symptom zeigt an der Oberfläche, hier kommen wir dem Problem auf den Grund. Weil ich denke, dass die einzige systemische Lösung für das Problem, das wir die letzten Tage sehen – wie gesagt, es ist nur ein Symptom -, sein wird, einen ordentlichen, verbindlichen und gesetzlichen Personalschlüssel, wie es ihn in anderen Bundesländern vorbildlich längst gibt, im Pflegeheimgesetz festzuschreiben.

Frau Landesrätin, ich kann's Ihnen auch nicht ersparen, zu Ihren Aussagen noch Stellung zu nehmen. Wie können Sie, wie kommen Sie dazu, dass Sie im ersten Anlaufe – Sie haben sich dann ein bisschen korrigiert -, aber im ersten Anlauf solche Dinge mit der Aussage kommentieren: "So was kann halt einmal passieren." (Zwischenruf Dr. Schmid: Ich wurde da falsch zitiert!) "So was kann halt einmal passieren." (Zwischenruf Dr. Schmid: Nein, ich habe das so nicht gesagt, ich wurde in der "VN" falsch zitiert und ich hoffe, es wird richtig gestellt!) – Das können Sie mit der "VN" dann verhandeln, so war's zu lesen, so war's auch zu hören. (Zwischenruf Dr. Schmid) Ich weiß nicht, ob irgendjemand etwas anderes gehört hat. (Zwischenruf Dr. Schmid: Das ist eine Falschmeldung, eine Falschmeldung..!) Also, eine solche wiedergegebene, oder, also die Aussage, die so, die so wiedergegeben wurde, ist also wirklich, das ist eine Ungeheuerlichkeit, wie das bei mir ankommt - das muss ich Ihnen wirklich sagen.

Zweite Ungeheuerlichkeit, die passiert ist, ist einfach die Entlassung der Pflegehelferin. Also da hört's bei mir dann einfach auf, meine Damen und Herren! Wie man jemanden, der den Mund aufmacht, wahrscheinlich sich das seit Jahren bereits überlegt, endlich den Mut fasst und sagt, 'ich muss im Sinne der HeimbewohnerInnen endlich einmal das sagen, wie's uns geht hier herinnen, im Sinne der HeimbewohnerInnen', nachher abgestraft wird mit einer Entlassung, und zwar auf eine Art und Weise, sie durfte ja dann nicht einmal mehr sich von ihren KollegInnen verabschieden, so wurde es zumindest berichtet in "V-heute" und anderen Medien, sie durfte ja dann nicht einmal mehr hingehen. Jetzt offensichtlich gab's irgendwelche Einflüsse – ich weiß nicht, wie das zustande gekommen ist; ich bin auch froh, dass es zustande gekommen ist -, wurde sie ja sichtlich nicht entlassen schlussendlich, sondern nach einer gewissen Beurlaubung, also bis man eine Stelle gefunden hat wird sie jetzt beurlaubt. Das ist, denke ich, der momentane Stand; wer weiß, wie der Stand dann morgen ist; das hat sich jetzt immerhin von ein paar Stunden in diese Richtung geändert.

Dritte Ungeheuerlichkeit, meine Damen und Herren: Jetzt hat man doch extra für diese Benevit, nachdem das nicht eine total private Einrichtung ist, eine Konstruktion gefunden,

und zwar mit dem Gemeindeverband. Der Vorsitzende des Gemeindeverbandes ist bekanntlich Bürgermeister Berchtold, und ich gehe davon aus, nachdem der Herr Schmid da ja auch drinnen sitzt, ich gehe davon aus, dass diese Dinge schon länger, schon länger irgendwo bekannt waren – von dem gehe ich jetzt einfach einmal aus. Was ich hier jetzt ankreide ist, dass man Dinge schon seit Monaten weiß, angeblich seit Mai – das sind jetzt 10 Monate, 9 Monate, seit Mai! -, wie man warten kann, bis irgendwo sozusagen das Ventil rausfliegt vom Kelomat, bis es nicht mehr geht, bis es nicht mehr zu verhindern ist, vor man irgendetwas tut – das verstehe ich wirklich nicht, meine Damen und Herren.

Zum Schluss: Der Antrag, der vorliegende Antrag ist ja mit dem Titel "Sicherheit für Pflegegeldempfänger" titulierte. Und ich glaube, dass das, was wir auch sagen, auch Bestandteil der Sicherheit für PflegegeldbezieherInnen wäre und ist. Und ganz zum Schluss: Wer sicherlich überhaupt keine Schuld trägt – und das sage ich in aller Deutlichkeit – sind alle jene, die unter diesen Umständen, unter diesem Personalmangel in den Heimen ihre Arbeit machen, immer noch gern machen. Ich bewundere das – das muss ich Ihnen sagen -, das grenzt schon wirklich fast an Heldentum, was diese Leute leisten. Ich danke schön! (Beifall!)

Präsident: Danke! Nun ist Vizepräsidentin Dr. Nußbaumer am Wort, Abgeordnete Pircher in Vorbereitung.

Dr. Nußbaumer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Also, wenn man die letzten Tage so Revue passieren lässt und ständig sich die Medien vor Augen halten muss, was da jetzt in der letzten Zeit herausgekommen ist über dieses Pflegeheim im Herz-Jesu-Heim in Rankweil, möglicherweise auch in anderen Heimen vielleicht etwas Derartiges passiert, dann ist einem wirklich äußerst unwohl bei dem Ganzen. Das betrifft doch Menschen, die sich meistens nicht mehr richtig wehren können wenn sie betroffen sind. Und auf der anderen Seite, wenn man hört, wie mit dieser einen Mitarbeiterin umgegangen worden ist, das ist wirklich nicht in Ordnung. Obwohl ich fairerweise auch dazu sagen muss, dass ich die andere Seite nicht kenne. Ich weiß nicht, was den Herrn Schmid dazu bewogen hat, die Pflegehelferin fristlos zu entlassen. Ich hoffe wirklich, dass sich das jetzt konzentriert hat auf besondere Bedingungen, die in Rankweil geherrscht haben. Ich hoffe nicht, dass wir sukzessive aus anderen Heimen Ähnliches erfahren müssen.

Ich möchte nur etwas ganz klar sagen: Unsere Landesrätin Greti Schmid hat sich schon im Sommer, als die ersten Vorwürfe im Bezirk Bludenz aufgetaucht sind, ganz eingehend mit diesen beiden Fällen auseinandergesetzt. Sie hat die Heimträger zu sich gerufen, sie hat sehr genau nachgefragt, was denn Standard ist, was in den anderen Heimen passiert. Und natürlich ist man auf das angewiesen was man hört. Und es ist so, dass man durch die BH und auch durch den Patientenanwalt Beschwerdemöglichkeiten vorfindet. Wenn natürlich so eine ungute Stimmung im Land herrscht, dass man fast schon Angst hat, Pflegefälle aufzuzeigen, dann, muss ich schon sagen, ist das eine Situation, die uns allen überhaupt nicht gefällt.

Diese Missdeutung in den Medien war eine Missdeutung der Journalistin – ganz eindeutig. Sofort, nachdem es in der Zeitung so gestanden ist, wie es eben leider Gottes drinnen war – Papier ist geduldig, man kann das einfach so schreiben und man hat erst dann die Möglichkeit, wenn man es liest, das zu verbessern -, ganz eindeutig hat sich die Landesrätin sofort distanziert davon und hat gesagt, "natürlich gibt's einen Handlungsbedarf". Und gleich diese Reaktionen, diese hämischen Reaktionen, "mit Ignoranz und Einzelfällen abtun", also das muss man ihr schon zu Gute halten oder zumindest die Möglichkeit einräumen, dass sie

solche Dinge, die wirklich falsch in der Zeitung präsentiert wurden – übrigens, nicht im ORF, nur in der Zeitung -, dass man die Klarstellung dann auch zur Kenntnis nimmt. Das ist Ihnen vielleicht auch schon einmal passiert, dass man Sie falsch zitiert hat. (Zwischenruf Dr. Sader)

Ich möchte auch noch zur Benevit etwas sagen. Es gibt einen Aufsichtsrat, der zuständig ist - was dort drinnen besprochen wurde weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass das Krisenmanagement vom Gemeindeverbandspräsident Wilfried Berchtold gestern Abend super funktioniert hat. Diese vier Punkte, die vorgestellt wurden, beweisen, dass man die Missstände und die Vorkommnisse sehr, sehr ernst nimmt und wirklich danach trachtet, dass so etwas nicht noch einmal vorkommt. (Beifall!)

Präsident: Danke! Die Abgeordnete Pircher ist am Wort, Landesrätin Schmid als Nächste.

Pircher: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte dieses jüngste Beispiel und die Vorgehensweise im Herz-Jesu-Heim in Rankweil wieder typisch für eine Benachteiligung gegenüber Frauen. Der Großteil der pflegenden Angehörigen sind Frauen, der Großteil der Pflegekräfte in Vorarlberg sind Frauen. Es ist skandalös, wie man mit Frau Pleh umgegangen ist, die sich getraut hat zu sagen und klar auszusprechen, wie die Zustände in dem Pflegeheim sind. Es ist meiner Meinung nach ein Hilfeschrei, der auch den betroffenen Personen helfen soll, die Situation zu verbessern. Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun, nach dem Motto hat Frau Pleh gehandelt und das war richtig. Eigentlich sollten wir ihr alle dankbar sein.

Was ist passiert? Sie wäre fristlos nach vielen Jahren Arbeit entlassen worden, wobei sie ihren Abfertigungsanspruch verloren hätte. Nach großem Protest und dementsprechenden Aktionen von mehreren Seiten ist diese fristlose Entlassung dann in eine einvernehmliche Kündigung umgewandelt worden. Das muss man sich vorstellen: jemand arbeitet intensiv und fleißig, bis an den Rand der Belastbarkeit. Die Frau getraut sich dann irgendwann sich zu artikulieren. Was ist der Dank dafür? – Eine fristlose Kündigung. So kann es nicht gehen! Es sollten vielmehr alle in dem Bereich Tätigen ermutigt werden, sich sagen zu trauen, wie es ihnen geht und unter welchen oft viel zu großen Belastungen sie arbeiten müssen. Ich bin froh, dass es jetzt einen Prüfauftrag an den Rechnungshof gibt über die Pflegeheime was Qualität und Personal betrifft. Und wenn ich gerade "Qualität" sage, mir ist es schleierhaft, warum der Rechnungshof angeblich nicht die Qualität prüfen können soll, wie es von der Frau Landesrätin Schmid oder der Frau Abgeordneten Nußbaumer gesagt wurde. Wenn die BH die Qualität prüfen kann, dann meiner Meinung nach erst recht der Rechnungshof. Danke! (Beifall!)

Präsident: Danke! Landesrätin Dr. Schmid, bitte, Klubobmann Rauch dann als Nächster.

Dr. Schmid: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Situation ist sehr bedauerlich und ich hoffe sehr im Sinne der Betroffenen, im Sinne der Patientinnen und Patienten, aber auch im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass das Thema deeskaliert werden kann, dass wir zu vernünftigen Lösungen kommen können. Wir von unserer Seite machen routinemäßige Kontrollen, und wenn Beschwerden an uns herangetragen werden, werden auch zwischendurch Kontrollen gemacht. Zusätzlich, außer den Kontrollen über die Bezirkshauptmannschaften ist es auch oft so, dass der Amtsarzt unterwegs ist, um zu sehen, wie die gesundheitliche Situation in den Heimen ist. Der ist derzeit sehr intensiv unterwegs und überprüft, wie die Situation der Pflegebedürftigen in den Heimen ist. Zum Thema Rund-um-die-Uhr-Anwesenheit von diplomiertem Personal in den Pflegeheimen ist das UVS-Urteil noch ausständig. Wir erwarten es in den nächsten Tagen und

dann können wir sehen, wie wir hier strukturell weiter arbeiten können. Denn es macht nämlich einen wesentlichen Unterschied aus, ob rund um die Uhr, 24 Stunden, eine diplomierte Kraft anwesend sein muss oder nicht.

Was ich übrigens hoffe, dass das mit Vernunft und mit Hausverstand geregelt wird. Ich bin nicht der Meinung, dass die Pflegequalität verbessert werden kann, wenn rund um die Uhr eine Diplomierte anwesend ist, die dann allenfalls untertags fehlen könnte. Aber da wird man das Urteil abwarten. Wir haben auch im Sozialfonds darauf reagiert. Wir haben die Tarife angehoben, wir haben die Tarife außerordentlich angehoben um 4,3 Prozent. Und ich habe bei der Firma Connexia in Auftrag gegeben eine so genannte "Konkretisierung des Pflegeheimgesetzes" auszuarbeiten. Es ist die Frage: "Was heißt 'angemessene Pflege' - was heißt angemessene Pflege für die PatientInnen und was heißt es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter?" Ich habe ein ausgezeichnetes Papier bekommen von den Pflegefachkräften, das wir jetzt gemeinsam auch über Weiterbildung, über Schulen, an die Heime austeilen und versuchen, dort eine bessere Unterstützung zu geben. Denn es ist leider so – und das war auch im aktuellen Fall so -, dass durch den häufigen Wechsel der Pflegeleitungen sozusagen die Kontinuität, der rote Faden in der Pflege und in der Betreuung gefehlt hat und es auch dadurch zu diesen Unzulänglichkeiten gekommen ist.

Parallel dazu unterstützen wir auch durch Aufschulungen, so wie's im Gesetz eigentlich vorgesehen ist, durch laufende Schulungen speziell der Pflegeleitungen unterstützen wir bei Dienstplanerstellung, wir unterstützen aber auch, wenn's darum geht, das Personal bestmöglich einzusetzen.

Frau Sader, noch einen Satz zur Pflegeleitung: Ich denke, es ist gestern im "aktuellen Thema" sehr deutlich zum Ausdruck gekommen mit der Frau Fink, der Pflegefachkraft, die gesagt hat, "es liegt sehr oft nicht unbedingt an der Qualifikation und an der Anzahl von Personal, das zur Verfügung steht, sondern es liegt sehr, sehr oft einfach auch am Umgang miteinander, an der Wertschätzung die stattfindet und an der Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor allem". Denn es weiß jeder von uns, wer motiviert arbeiten kann, kann besser arbeiten. Und ich hoffe, speziell im Bereich jetzt auch in Rankweil, dass wir die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder motivieren können. Und ich bin davon überzeugt und weiß es, es sind jetzt motivierte Männer und Frauen dort, die dieses Heim wieder aufbauen und ganz schnell und möglichst schnell garantieren, dass die Pflegequalität in Rankweil wieder passt.

Frau Sader, zum Thema Überprüfung, zum Thema unterschiedliche Einstufung im ambulanten und stationären Bereich: Da gebe ich Ihnen Recht, das darf so nicht sein. Ich kann mir nur schwer vorstellen, dass innerhalb von ein/zwei Wochen unterschiedliche Beurteilungen stattfinden, zumal es ja (Zwischenruf Dr. Sader: Schwarz auf weiß..!), zumal es ja dieselben Gutachter sind – oder? Und Sie wissen genauso gut wie ich, dass ja normalerweise alle 6 Monate neu eingestuft wird. Es ist allerdings eine Tatsache, dass wenn jemand ins Heim kommt, er aus diesem Grund ins Heim kommt, weil eine Verschlechterung stattgefunden hat. Also, es ist ja schon aus dem Grund sehr, sehr oft der Fall, dass deshalb eine höhere Einstufung im Heim stattfindet.

Zu Ihrem Vorschlag, als angeblich einzige Lösung einen "verbindlichen Personalschlüssel" einzuführen, so wie Sie es gesagt haben, möchte ich Ihnen Folgendes sagen. Wir haben uns sehr wohl auch in den anderen Bundesländern umgehört, und die tendieren eher dazu, davon abzugehen, weil sie festgestellt haben, dass dies eine sehr schwierige Vorgabe ist. Es ist schwierig, einen fixen Personalschlüssel zu haben, ohne zu berücksichtigen, wie groß das Pflegeheim ist bzw. wie viele Betten da sind. Man kann nicht pauschal mit einem fixen

Personalschlüssel agieren, man engt sich da noch viel mehr ein als mit der Möglichkeit oder mit der Vorgabe, dass jederzeit genügend geeignetes Personal da ist, das wir auch versuchen noch besser zu präzisieren.

Noch ein Satz zur leider falschen Meldung in den "Vorarlberger Nachrichten". Ich wurde gefragt, "ob es noch zusätzliche Kontrollen jetzt braucht?", und habe darauf geantwortet, "dass wir laufende Routinekontrollen machen und dass wir zwischendurch Kontrollen machen". Und dann habe ich erwähnt, "dass wir leider bei manchen solchen Kontrollen so Dinge feststellen müssen und die müssen dann sofort behoben werden". Das wurde vermischt und aus dem Gesamtzusammenhang gezogen und dann ist diese Meldung herausgekommen.

Abschließend noch zur Pflegehelferin in Rankweil. Ich bedauere, was passiert ist und bin froh, dass jetzt eine Situation gegeben ist, die, so höre ich aus den Medien, für diese Frau zufrieden stellend ist. Und ich hoffe nochmals sehr und ich werde alles daran setzen, dass wir diese Situation möglichst schnell bereinigen können. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statthalters in der medizinischen Abteilung sind laufend unterwegs, unterstützen, betreuen und begleiten speziell in Rankweil, aber auch in den anderen Häusern und unterstützen dabei, dass wieder möglichst schnell Normalität eintritt. (Beifall!)

Präsident: Danke! Klubobmann Rauch, Abgeordneter Kohler als Nächster.

Rauch: Herr Präsident, Hoher Landtag! Frau Landesrätin, ich habe eigentlich darauf gewartet, dass Sie die Gelegenheit jetzt nützen und zu verstehen geben, nämlich uns zu verstehen geben, dem Landtag, welche Schlüsse Sie aus den letzten Tagen ziehen. Und ich stelle fest, Sie haben in meinen Augen die Dimension des Problems nicht erkannt – ich muss Ihnen das leider in dieser Deutlichkeit sagen. (Zwischenruf Dr. Schmid: Ich werde es Ihnen nachher erklären, Herr Rauch, dass ich sehr wohl...!) Sie haben offensichtlich nicht verstanden, dass es nicht um einen Einzelfall geht, sondern um einen Fehler im System, und dass dieses System dazu angetan ist, wenn es nicht geändert wird, weitere derartige Fälle zu produzieren. Das System funktioniert folgendermaßen: Angefangen hat die ganze Geschichte damit, dass die Gemeinden angefangen haben ihre Pflegeheime abzugeben an private Betreiber oder an die Benevit, also auszulagern. Die Benevit war eine Konstruktion, die von Anfang an erstens einmal von uns kritisiert wurde, zweitens daran gelitten hat, dass sie viel zu wenig Volumen, also Kapazität gehabt hat, um betriebswirtschaftlich agieren zu können. Jetzt lasse ich einmal die ganzen 'Pfister-Geschichten' und die Details, die es gegeben hat, beiseite. Dann war klar, es gibt im Land ein erhebliches Potenzial an PflegerInnen, die genau das tun, was die Menschen wollen: "rund um die Uhr, zu Hause, Pflege anbieten, die leistbar ist" – das waren die so genannten, viel zitierten 'illegalen PflegehelferInnen'. Die haben – und das weiß man seit Langem – den Markt und das System nachhaltig verändert. Das heißt, die haben systematisch Überkapazitäten in den Heimen produziert, wenn man so will – es sind Betten, ganze Etagen, ganze Abteilungen leer gestanden. Das hat dazu geführt, im System, dass die Heime nicht mehr wirtschaftlich arbeiten konnten und in der Folge gezwungen waren, über Einsparungsmaßnahmen diese fehlende Wirtschaftlichkeit wettzumachen. Und dass diese Einsparungsmaßnahmen immer zu Lasten der Pflegenden und immer zu Lasten des Personals ausgefallen sind ist evident, das ist sonnenklar. Ja bitte, wo soll man denn sonst sparen nennenswert?! Und das ist der Fehler im System. Und den werden Sie nicht beheben, indem Sie sagen, "Rankweil ist ein Einzelfall". Und den werden Sie auch nicht beheben, indem Sie sagen, "es kommen jetzt dort zwei/drei Personen mehr hin". Das ist die falsche Konsequenz. Und wenn das nicht erkannt wird, werden wir in absehbarer Zeit über weitere ähnliche Fälle reden, weil das System so funktioniert, das kann nicht gut gehen.

Und der erste Punkt, der in meinen Augen passieren muss, ist – und deshalb unser Antrag dann später – die Überprüfung sämtlicher Pflegeheime durch den Patientenanwalt, was die Qualität der Pflege betrifft, weil solche Dinge, wie sie in diesem Gutachten beschrieben sind, habe ich persönlich nicht für möglich gehalten in diesem Land – das sage ich Ihnen ganz offen. Ich hätte nicht geglaubt, dass es das in Vorarlberg geben kann. Das muss auf den Tisch, weil da Gefahr im Verzug ist, und das muss abgestellt werden, das ist sozusagen die Krisenbewältigung.

Und die Systemfrage – und deshalb unser Antrag der Rechnungshofprüfung – ist die zweite, wo geschaut werden muss, 'was ist notwendig, um für die Zukunft abzustellen, dass sich solche Dinge wiederholen können?' Und die ganze Frage der Krisenbewältigung und des Krisenmanagements und, wie umgegangen worden ist in den letzten drei Wochen mit dieser ganzen Frage, die halte ich schlichtweg für einen Skandal. - Das ist abgewickelt, das kann man nicht mehr rückgängig machen. Aber ein Signal zu setzen über eine Entlassung, dass "wer den Mund aufmacht fliegt", ist nichts anders als der Versuch, weitere Menschen, die bereit sind auszupacken, mundtot zu machen. Und ich sage Ihnen eines, es hat eine ganze Reihe von Personen gegeben, die gesagt habe, "wir haben Angst um unseren Arbeitsplatz und deshalb sagen wir nichts". Und es hat eine ganze Reihe von Angehörigen gegeben, die sich nicht einmal getraut haben zum Patientenanwalt zu gehen, weil sie Angst hatten, es müssen dann die zu Pflegenden ausbaden. Und da kann man doch nicht hergehen und sagen, dieses System ist reparierbar mit ein paar kleinen Einzelmaßnahmen. Ich bitte Sie, Frau Landesrätin, nehmen Sie zur Kenntnis, Sie haben das Problem in seiner Dimension noch nicht erkannt. (Beifall!)

Präsident: Danke! Der Abgeordnete Kohler ist am Wort, dann als Nächste die Abgeordnete Wieser.

Kohler: Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag! Ich möchte meine nun folgende Wortmeldung in zwei Teile gliedern: einmal einige grundsätzliche Aussagen meinerseits, zum Zweiten eine kurze Ablaufschilderung, weil ich glaube, dass es notwendig ist, hier ein paar Verzerrungen richtig zu stellen. Zu den Grundsatzklärungen: Aus meiner Sicht ein klares Ja zu einem Konstrukt wie die Benevit. Der Rechnungshofdirektor hat im Jahre 2002 ganz klar aufgezeigt, dass eine sinnvolle Alternative zu den privatwirtschaftlichen Anbietern nur durch Zusammenschluss auf Gemeindeebene, nur durch Schaffung von Synergien erfolgen kann. Und ich glaube auch, dass es richtig ist, diesen Schritt zu tun.

Punkt zwei: Es gibt überhaupt nichts zu beschönigen von dem was hier passiert ist, dass ein Heim aus dem Ruder gelaufen ist und dass hier wichtiger, dringender Reparaturaufwand besteht.

Punkt drei: Die Tonart der letzten Tage, die manches Mal auch von Verantwortlichen aus der Benevit angeschlagen wurde, ist nicht mein Stil und wird von mir nicht gebilligt und nicht mitgetragen.

Punkt vier: Im Heim haben wir trotz allem hervorragende, gute Leute. Und wer sich vielleicht die Mühe macht in das Heim zu gehen, wird feststellen, dass das Klima, die Behaglichkeit, der optische Stil nach wie vor ein sehr, sehr guter ist.

Zum Ablauf: Mitte November letzten Jahres wurde ich nach einer Versammlung von Angehörigen aufgesucht und informiert über eine Reihe von Punkten, die mir es geraten

erschienen haben lassen, nachzufragen. Die Antworten, die ich bekommen habe, waren nicht so zufrieden stellend, dass man zur Tagesordnung hätte übergehen können. Ich habe mich dann mit dem Gemeindeverband und in weiterer Folge mit der Connexia, Frau Wilfing, in Verbindung gesetzt, die mir von einem Vortrag bei der Jahreshauptversammlung vom Krankenpflegeverein bekannt war. Sie hat sich dann bereit erklärt, einen – und ich möchte es so nennen – Status uns zu erarbeiten – nicht ein Gutachten, sondern einen Status. Über den Ablauf wurde der Gemeindevorstand meinerseits informiert, gleichzeitig mit der Beauftragung an Connexia wurde, da der Gemeindearzt urlaubsbedingt abwesend war, seine Stellvertreterin von mir, die Frau Dr. Mann, umfassend informiert. Der Statusbericht langte dann ein und wurde am 7. Jänner in einer Sitzung des Gemeindevorstandes, in Anwesenheit der Verantwortlichen (Benevit) und von Herrn Peter Hämmerle (Amt Vorarlberger Landesregierung) allen Gemeindevorstandsmitgliedern nicht nur zur Kenntnis gebracht, sondern auch von mir kopiert und ausgeteilt, weil es überhaupt nichts zu verbergen gibt, und es wurde über die nächsten Schritte gesprochen. Frau Wilfing erklärte damals, dass der von Frau Kennerknecht vorgelegte Maßnahmenplan ihre Zustimmung findet und grundsätzlich geeignet ist, das Schiff wieder in ein besseres Fahrwasser zu bringen. Nachdem ein solcher Prozess eine gewisse Zeit lang dauert, war es mir ein Anliegen, eine fachliche Begleitung zu haben. Ich habe mich dann erkundigt und in der Person von Frau Pamminger, ebenfalls Pflegefachkraft bei der Connexia, die schon im vergangenen Jahr Heime in Nüziders und in Schruns im Gesundungsprozess begleitet hat, zu gewinnen für eine Diskussion und auch für das Bemühen als Begleitung einzusteigen. Frau Pamminger hat gestern dazu mit der Pflegeleiterin ein Gespräch geführt, uns heute ein Angebot, einen Vorschlag gelegt – mit "uns" meine ich "Gemeindeverband", und mich darüber informiert - und ich habe heute die Frau Pamminger informiert, dass seitens des Gemeindeverbandes ihr Konzept zu einem Entwicklungsprozess angenommen wird und sie beauftragt wird, das zu tun, für uns zusammen zu tun, um eben das Schiff wieder in das richtige Fahrwasser zu bringen.

Darf ich überziehen, Herr Präsident, eine halbe Minute? (Präsident: Eine halbe Minute, es blinkt!) – Aha. Die Benevit hat mit Schreiben 28. Jänner an die Bezirkshauptmannschaft ein Schreiben gerichtet, darüber darf ich ganz kurz informieren, in wesentlichen Punkten: Mindestpersonalbesetzung, Mindestpersonalbesetzung – Stückzahl ist zum 28.1. erfüllt – Sie haben es heute auch im Fernsehen aus den Worten Dr. Hartmann entnehmen können. Was noch nicht erfüllt ist, ist die qualitative Zusammensetzung Diplomierte und PflegehelferInnen – nach den vorliegenden Plänen wird das per 1.4. durch noch offene Aufnahmen erfüllt sein, die aber bereits fixiert sind. Per 1.2.2008 werden neue Dienstzeiten eingeführt, weil hier auch eine Reihe von – ja – Optimierungsprozessen notwendig war. Die Pflegedokumentation, die bewohnerindividuelle Pflegeplanung ist mit Anfang dieser Woche auf den aktuellen Stand gestellt worden. Bei den Einstufungen der Bewohnerinnen und Bewohner wurde in sieben Fällen eine Rückstufung vorgenommen und nur in zwei Fällen eine Höherstufung vorgenommen. Und damit, glaube ich, ist eine Reihe von angesprochenen Punkten positiv erledigt oder auf dem Erledigungswege.

Ich persönlich bin überzeugt, dass wir einen klaren Weg jetzt aufgezeigt haben, der messbare Schritte beinhaltet. Und mir persönlich ist es ein moralisches Anliegen, und ich habe das auch meinen MitbürgerInnen versprochen, bei diesem Prozess selber aktiv dabei zu sein, weil es uns ein Anliegen ist, das Heim wieder dorthin zu führen, wo es einmal war. (Beifall!)

Präsident: Danke! Die Abgeordnete Wieser hat das Wort, Klubobmann Ritsch als Nächster.

Wieser: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem viele Pflegeheime in diesem Land sehr gute und sehr wertvolle Arbeit leisten, bedauere ich es eigentlich sehr, dass

mit der derzeitigen Diskussion eigentlich alle Pflegeheime davon betroffen sind und fast in einen Topf geworfen werden. Zur aktuellen Diskussion über gravierende Missstände, die im Herz-Jesu-Heim in Rankweil festgestellt wurden, ist es für mich sehr wichtig, die Probleme und auch die aufgezeigten Missstände ernst zu nehmen. Es ist für mich sehr wichtig, die Ursachen genauestens zu erforschen und dann entsprechende Schritte zur Behebung zu setzen. Wichtig ist es für mich aber auch, dass der Patientenanwalt entsprechende Kompetenz erhält als Anlaufstelle für die Heimbewohner und deren Angehörige, vielleicht auch für die Mitarbeiter.

Meine Damen und Herren! Der Ruf nach Kontrollmaßnahmen, nach verstärkten Kontrollmaßnahmen, nach einer Personalaufstockung oder nach einem verbindlichen Personalschlüssel ist die eine Seite. Was mir noch viel wichtiger erscheint ist das Augenmerk auf das Betriebsklima zu legen, auf die Mitarbeitermotivation, insbesondere auf die Wertschätzung der Mitarbeiter. Und ich glaube, dass man auch hier ansetzen muss und einen Schwerpunkt auf die Mitarbeiterschulung setzen muss, einerseits in Richtung Personalführung, andererseits in Richtung Teamwork, Motivation. Und was für mich auch wichtig ist bei einer sehr, sehr anstrengenden fordernden Tätigkeit, und zwar sowohl physisch als auch psychisch, einerseits Mediation, andererseits aber Sabbatical-Modelle einzuführen, dass man auch länger Abstand von der Berufstätigkeit einhalten kann, natürlich mit Job-zurück-Garantie. Ich erwarte mir dazu eine Hilfestellung des Landes, und ich erwarte mir insbesondere einen "runden Tisch", wo alle Verantwortungsträger des Landes zusammen sitzen und über die aktuellen Probleme beraten und ihre Erfahrungen mit einbringen.

Zur fristlosen Kündigung einer Mitarbeiterin über die Medien: Da ist es aus meiner Sicht zu einer Überreaktion durch den Geschäftsführer der Benevit gekommen, weil da eigentlich die eine Sache die andere ausgelöst hat. Ich glaube, dass man das jetzt nicht gerade unbedingt über die Medien machen muss. Grundsätzlich möchte ich aber schon festhalten, dass Beschwerden natürlich intern vorzubringen sind. Ich glaube, kein Unternehmen hat eine Freude, wenn es in Misskredit gerät in der Öffentlichkeit, vor allem auch, wenn natürlich nur eine einseitige Information erfolgt. Voraussetzung, um Beschwerden intern vorzubringen, ist allerdings ein Klima der Offenheit und natürlich der Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern. Eine Voraussetzung ist auch, dass Beschwerden ernst genommen werden, und zwar jede Beschwerde, ob sie jetzt klein oder groß ist, und dass auf die Beschwerden auch entsprechend eingegangen wird.

Was das Herz-Jesu-Heim in Rankweil anlangt, so scheint mir, wenn man sich die Materie etwas anschaut, und auch das Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister hat mich darin bestärkt, dass es schwer wiegende Probleme in der Personalführung gibt oder gegeben hat. Und das bestärkt eigentlich meine Forderungen, in diese Richtung vorzugehen und mehr Augenmerk auf das Personal zu legen.

Was den Vorwurf der Privatisierung anlangt. Meine Damen und Herren von Rot und Grün, ich weiß schon, dass private Träger für Sie ein Feindbild sind – das haben wir heute schon gehört. Aber man muss schon darauf hinweisen, dass die meisten – ich möchte es in Anführungszeichen setzen – "privaten Träger" im Land ja nicht gewinnorientiert sind, sondern lediglich kostendeckend arbeiten. Und ich glaube, das ist durchaus legitim. Denn eines dürfen wir nicht vergessen, bei allen Forderungen nach Personalaufstockung, man muss ja auch die Tarife im Auge behalten, die Tarife können nicht ins Uferlose ausgeweitet werden (Zwischenruf Dr. Sader: Die sind eh schon im Uferlosen..!), sie müssen ja auch noch von irgendjemanden bezahlt werden. Das heißt, die Betroffenen müssen sich diese Tarife auch leisten können. (Beifall!)

Präsident: Danke! Klubobmann Ritsch ist nun am Wort, die Abgeordnete Wiesflecker in Vorbereitung.

Ritsch: Herr Präsident, Hoher Landtag! Dass die Frau Vizepräsidentin heute herauskommt und so quasi den Gemeindeverbandspräsident und Bürgermeister von Feldkirch lobt, ein gutes Krisenmanagement an den Tag zu legen, das entlockt mir nicht einmal eine Verwunderung, sondern das entlockt mir eigentlich Entsetzen, dass man das versucht noch schönzureden. Man muss sich ja vorstellen, dass dieser Gemeindeverbandspräsident Berchtold der war, der im Kontrollausschuss vor zwei oder drei Jahren (ich konnte es in der kurzen Zeit jetzt nicht eruieren) noch gesagt hat, "er lässt sich bei der Aufsichtsratsbestellung so oder so nicht dreinreden", weil meine Frage damals schon war, "wer wird denn im Aufsichtsrat sein und ist dann schon ein Arbeitnehmervertreter dabei?" Und damals hat er gesagt, "das wird er sich noch gut überlegen". Und ich habe dann später erfahren, natürlich ist kein Arbeitnehmervertreter dabei, weil das will man halt da nicht haben. Und damals war es ja so, wer sich an den Bericht erinnern kann, dass nur der Rechnungshof eigentlich der Grund dafür war, dass die Benevit überhaupt einen Aufsichtsrat installiert hat, weil davor hatten sie überhaupt nichts in der Richtung. Und alle Mängel, die aufgezeigt wurden, haben uns bestätigt, dass wir die Benevit von Vornherein abgelehnt haben.

Das heute noch als "gutes Krisenmanagement" darzustellen, halte ich eher für lächerlich, Frau Vizepräsidentin, auch wenn man anschaut, was die vier Punkte des Krisenmanagements des Präsidenten sind: Punkt eins ist, dass er die Entlassung, die ja wirklich, über die Medien ausgetragen, das Letztklassigste ist, das ich je erlebt habe, dass er die Entlassung zurücknimmt. – Ja hoffentlich nimmt er die Entlassung zurück, die hätte ja so oder so nicht gehalten! (Zwischenruf Rauch: Wie die gesetzlich gar nicht haltbar gsi wär!) Die hätte so oder so nicht gehalten, die hätte jede Anfechtung verloren, diese Entlassung. Die nimmt er zurück und sagt, "ich biete aber der Mitarbeitern auch einen Job noch an, und den Job biete ich ihr in Feldkirch in einem Pflegeheim an". Jetzt muss man ja noch wissen, dass der Herr Gemeindeverbandspräsident nicht wollte, dass die landeseigene Benevit auch die Feldkircher Heime betreut, sondern er hat da ein eigenes Süppchen in Feldkirch gekocht und eine eigene Gesellschaft gegründet, weil er offensichtlich nicht die Landesgesellschaft in Feldkirch haben wollte. (Zwischenrufe – Dr. Nußbaumer) Dann hat er im Punkt zwei des Krisenmanagements gesagt, "es handelt sich um einen Einzelfall und es wird keine weiteren Fälle geben". – Die werden kommen, die Fälle, weil die sind ja jetzt schon bekannt, bitte. Zum Dritten hat er gesagt, "man ladet jetzt die Arbeiterkammer und den ÖGB zu Gesprächen ein und es darf jetzt ein Betriebsrat auch in den Aufsichtsrat". Was ist denn das bitteschön für ein Krisenmanagement? – Die komplette schwarze Gewerkschaftsfront – und das hat mich heute gefreut -, die komplette schwarze Gewerkschaftsfront hat sich jetzt Manuela Auer angeschlossen, die das vor Wochen schon aufgezeigt hat in ihrer ersten Aussendung. Und was man da heute lesen konnte hat mich sogar überrascht, und ich bin froh, dass es die schwarze Gewerkschaftsfront so deutlich formuliert hat, weil sonst hätte es wieder geheißen, 'eh klar, parteipolitisch, populistisch, nur ein Angriff der SPÖ'. Aber dass jetzt heute der Betriebsratsvorsitzende hergeht und sagt, "mittlerweile ist die Situation so, dass es auf eine Pflegekraft 41 zu Pflegende trifft" – auf eine Pflegekraft 41 zu Pflegende! – ", dass Stockmädchen abgebaut wurden" (Zwischenruf Dr. Schmid: Das gibt's ja gar nicht!) – nachzulesen im ORF-online, nachzulesen ORF-online! – ", dass Stockmädchen abgebaut wurden oder teilweise, wenn sie noch da waren, als Betreuerinnen eingesetzt werden; das Pflegekräfte einspringen müssen für abgesetzte oder wegrationalisierte Stockmädchen und die Arbeit der Stockmädchen mit machen müssen", das steht heute alles live im ORF-online nachzulesen. Der Betriebsratsvorsitzende (Zwischenruf: Und wer sagt das?), der

Betriebsratsvorsitzende Andreas Mäser. Dann hat der Wolfgang Stoppel - und ich denke, Wolfgang Stoppel ist bekannt, der hat hier herinnen schon den rühmlichen Auftritt gehabt, als man das Gemeindegesetz geändert hat -, Wolfgang Stoppel hat die Politik der Landes-ÖVP ganz nett gekennzeichnet: "Offensichtlich reicht es der ÖVP in Sachen Pflege, wenn man unter dem Titel das Ganze laufen lässt: 'warm, satt und sauber müssen sie sein, die zu Pflegenden'." Das ist heftig, wenn der Landesobmann der ÖVP-Gewerkschaft der Gemeindebediensteten sagt, "warm, satt und sauber – und mehr ist es nicht mehr". Dann kann ich nicht mehr mit historischen Abrissen erklären, wie es dazu gekommen ist, Herr Bürgermeister Kohler, sondern dann muss ich das Problem dort anpacken, wo wir es haben. Dann geht der Vorsitzende der GPA-Gewerkschaft, auch ÖVP-Gewerkschafter, und der Landesgeschäftsführer der GPA-Gewerkschaft, auch ÖVP-Gewerkschaft, her, die haben eine Kundgebung organisiert unter dem Motto: "Wer redet fliegt – mit uns nicht!" Also auch das ein eindeutiges Signal.

Und ich kann nur eines zusammenfassen, und das ist das, was uns ärgert: Man tut ja so, als ob die Kommunen die Pflege nicht mehr finanzieren hätten können und als ob das alles nicht mehr möglich war. Gleichzeitig gibt es in Vorarlberg aber genügend Städte, Gemeinden, die das immer noch selber machen. Und auch in der Stadt Bregenz war es so, dass damals die Pflegeheime schwarze Zahlen geschrieben haben, man aber das an die St. Anna-Altenhilfe ausgelagert hat, weil man Angst vor der Zukunft hatte. Und heute ist es so wie schon vor Jahren, als wir gegen diese Auslagerung gestimmt haben, dass ich der Überzeugung bin – und nicht nur ich, sondern unsere gesamte Fraktion -, dass man mit der Pflege älterer Mitmenschen kein Geld verdienen darf. Und wenn ich hergehe und private Gesellschaften damit beauftrage, die Aufgaben der Kommune zu übernehmen. - Ja was wollen die privaten Gesellschaften? – Sie wollen Geld damit verdienen. Weil private Gesellschaften haben einen Zweck, Gewinne zu erzielen. Und daher kann die Pflege nur zu hundert Prozent kommunale Aufgabe sein (Zwischenruf) und daher sind wir der Meinung, dort wo Missstände sind, sofort die Heime zurück in die Kommune und auf Gemeindeebene in Zukunft die Pflege der älteren Menschen wieder zu übernehmen. Das ist höchst an der Zeit. Und ich denke, die letzten Tage haben es gezeigt, dass Handlungsbedarf ist, und es kann nicht sein, dass man jetzt versucht das Ganze schönzureden, sondern jetzt ist es notwendig, Taten zu setzen – und auf die warte ich. Danke! (Beifall!)

Präsident: Danke! Die Abgeordnete Wiesflecker ist zu Wort gemeldet, Landesrätin Schmid als Nächste.

Wiesflecker: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte wieder darum, dass man die Uhr zurückstellt. Ich plädiere dafür, dass sich alle Abgeordneten dieses Gutachten oder diese Ist-Erhebung im Pflegeheim Rankweil anschauen. Es ist ja möglich, dass man sich das per Download herunterholt oder vielleicht ist es auch möglich, dass Sie, Frau Landesrätin, das so transparent machen, dass das allen Abgeordneten zugänglich gemacht wird. Was da nämlich drinnen steht ist wirklich wichtig, dass das alle Abgeordneten wissen, weil wir ja auch vom Landtag über das Pflegeheimgesetz die Sicherstellung der Qualität der Landesregierung in Auftrag gegeben haben.

Was mich am meisten geärgert hat als ich diese Unterlage zu Gesicht bekommen habe war, dass drinnen steht, dass bereits im Jahre 2003 die Einschau der BH zum Ergebnis kam, "dass keine angemessene Pflege vorliegt". Und das finde ich einen Skandal. Auch Herr Bürgermeister Kohler, wenn Sie sagen, Sie sind Mitte November, nach dieser Bewohnerversammlung informiert worden, dass da Dinge nicht stimmen. In dieser Status-Erhebung von Frau Wilfing steht drinnen, dass schon im Jahr 2003 festgestellt wurde,

amtlich, "dass keine angemessene Pflege vorliegt". Dann ruht das Ganze wieder. (Zwischenruf Kohler: Bitte präzisieren, präzisieren: 2003 wurde keine umfassende Dokumentation angetroffen!) – Frau Kennerknecht teilte mir mit, dass bereits im Jahre 2003 die Einschau der BH zum Ergebnis kam, "dass keine angemessene Pflege vorliegt", im letzten Absatz, Zitat! (Zwischenruf Kohler: Zitat?) Und das finde ich einfach unglaublich. Wenn man sich das vorstellt, dass schon 2003 bekannt war, dass in dem Heim keine angemessene Pflege sichergestellt ist. Das haben wir im Pflegeheimgesetz definitiv festgeschrieben. Wir haben andere schwammige Paragraphen, aber dass eine angemessene Pflege sichergestellt sein muss, das ist klar.

Und ich kann's einfach nicht verstehen, dass man dann erst im Jahr 2007 wieder routinemäßig kontrolliert und dann wieder feststellen muss, dass keine angemessene Pflege sichergestellt ist. Und dann sagen Sie mir, wenn wir das im letzten Jahr thematisieren im Zusammenhang mit Nüziders, mit Schruns, mit den Rückmeldungen von dem betroffenen Personal usw., "dass es sich um Einzelfälle handeln würde". Und, "dass es jetzt Rankweil, das Herz-Jesu-Heim Rankweil betrifft, das ist zwar sehr unangenehm, aber da hat es jetzt sozusagen eine enge Situation gegeben, besondere Bedingungen im Moment usw. usf., und das ist sicher, mit Sicherheit nur ein Einzelfall und es gibt sonst keine Probleme". Und jetzt bestätigt sich über dieses Dokument, dass schon 2003 das festgestellt worden ist, und im Jahr 2007 stellt man das wieder fest. – Das ist einfach unglaublich! Da sieht man einmal mehr, dass die Probleme schon länger bekannt sind und dass hier schon länger gehandelt werden hätte sollen. (Zwischenruf Kohler: Tatsächliche Berichtigung!)

Und zum Zweiten möchte ich noch einmal auf die Systemprobleme aufmerksam machen. Ich habe das zu Beginn schon ausgeführt, mein Kollege Johannes Rauch hat's auch noch einmal ausgeführt: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ein weiteres Systemproblem ist, dass wir in der Betreuung zu Hause keine Vermögensgrenzen haben, im stationären Bereich aber sehr wohl Vermögensgrenzen, weil wir hier ins Sozialhilfegesetz kommen. Und allein aufgrund dieser Rahmenbedingungen werden wir hier keine Systemumkehr produzieren können, weil die Menschen sich nicht in ihre Vermögensverhältnisse hineinschauen lassen wollen. Nur in Notsituationen, sage ich jetzt einmal, wird man auf die stationären Einrichtungen zurückgreifen, sonst wird man die Pflege zu Hause und Betreuung zu Hause vorziehen. Und da werden wir im System keine Systemumkehr oder eine gleichmäßige Inanspruchnahme des Angebots herstellen können. (Beifall!)

Präsident: Danke! Der Abgeordnete Kohler, bitte.

Kohler: Frau Abgeordnete Wiesflecker hat aus der Stellungnahme der Frau Wilfing (Connexia) zitiert und aus einem Gespräch, das die Frau Wilfing mit der Frau Kennerknecht hatte. Ich bin dieser Sache natürlich nachgegangen, weil es mich auch interessiert hat, diese Aussage. Mir ist dann am 7. Jänner der Bescheid des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Frau Gollner, titulierte "Bericht der Pflegefachkraft", vom Jahre 2003 zugegangen, auf meine Aufforderung hin. Zu dem Zeitpunkt hatte bereits Benevit die Leitung des Herz-Jesu-Heimes. Und mir ist es ein Anliegen, hier präzise zu sein, weil man, glaube ich, mit solchen Aussagen, wie vorhin getroffen, vor allem wenn sie noch wiederholt werden, Verzerrungen herbeiführt, die so nicht sind. Ich zitiere, mit Erlaubnis des Präsidenten (Präsident: Bitte!), auch von Seite 5, Schreiben Amt der Vorarlberger Landesregierung, Zl. IVd-316.10 vom 4.12.2003: "Eine angemessene Pflege der Bewohner (Einstufung 4 bis 7), wie sie im Pflegeheimgesetz gefordert wird, ist derzeit aus der eingesehenen Dokumentation nicht ableitbar." (Zwischenruf Wiesflecker) – Aber nicht, dass sie nicht vorhanden war. (Zwischenruf Wiesflecker: Doch, ...!) - Na!

Präsident: Danke! Der Abgeordnete Huber ist zu Wort gemeldet.

Huber: Herr Präsident, Hoher Landtag! Was hier vorgefallen ist muss ich nicht wiederholen, und ich möchte bei Gott auch nichts schönreden. Allerdings habe ich doch einen Appell, und zwar, dass dieses wichtige Thema sachlich abgehandelt wird. Die Diskussion ist sehr heikel, es geht um Menschen, und zwar um Menschen in besonderen Situationen. Was hier derzeit läuft ist für die Bewohner, für das Personal und für die Angehörigen eine Belastungsprobe. Tatsache ist, dass es klare Zielvorgaben nach der Orientierung, was die Bedürfnisse der Bewohner sind, braucht. Auch Kontrollen sind sicher nötig - und in diese Richtung geht ja auch derzeit der Zug.

Wir haben sehr viele Heime im Land, in denen eine sehr gute Arbeit abgeliefert wird. Eine unsachliche Diskussion liegt nicht im Interesse der Bewohner, des Personals und der Angehörigen. Danke! (Zwischenruf) (Beifall!)

Präsident: Danke! Klubobmann Rauch, bitte.

Rauch: Herr Präsident, Hoher Landtag! Die vermeintlich tatsächliche Berichtigung des Kollegen Kohler hat wortident bestätigt, was im Übrigen meine Kollegin Wiesflecker nicht erfunden hat, sondern sie hat zitiert aus dem von der Frau Wilfing verfassten Dokument. Es ist einzig und allein die Wortwahl eine andere, das Ergebnis ist dasselbe: "Eine angemessene Pflege konnte aus der Dokumentation nicht abgeleitet werden." Wenn man sich anschaut, wie die Dokumentation geführt worden ist oder nicht geführt worden ist im abgelaufenen Jahr, dann ist das ja auch nicht weiter verwunderlich. Und zur Geschichte muss man eines noch sagen: Bei der Abgabe des Heimes, des Herz-Jesu-Heimes; na, zuerst einmal hat die Gemeinde Rankweil das Heim übernommen von den geistlichen Schwestern. Denen hat man in die Hand versprochen – in die Hand versprochen -, "dass die Gemeinde dieses Heim niemals abgeben wird, sondern selbst betreiben wird" – in die Hand versprochen! Dann ist die Benevit auf den Plan getreten, mit tatkräftiger Förderung des Gemeindeverbandspräsidenten und auch des Bürgermeisters Kohler – die waren die Schirmherren dieser Gesellschaft – und man musste die Benevit versorgen. Dann hat die Gemeindevertretung Rankweil beschlossen, das Heim an die Benevit abzugeben, gegen die Stimmen der Grünen, mit folgender Passage bei der Beschlussfassung – im Übrigen auch nachzulesen im Rechnungshofbericht des Jahres 2005, meine ich -: Dass die Abgabe des Heims an Benevit erfolgt ist mit der Zusage, "eine degressive Abgangsdeckung zu leisten" – das heißt, sinkende Abgänge zu leisten; umgekehrt formuliert, die Benevit hat versprechen müssen, dass der Abgang sinkt – und der Benevit wurde aufgetragen, Einsparungsmaßnahmen zu setzen, sofern sie nicht zu Lasten der Pflege gehen. Ich mein', was ein besonderer Zynismus ist, wie schon ausgeführt: Wie soll denn bitteschön ein Pflegeheim sparen, ohne an der Qualität, nämlich beim Personal, nennenswerte Einsparungen lukrieren zu können? Jeder weiß, dass die Personalkosten in Alten- und Pflegeheimen den überwiegenden Bestandteil des Budgets ausmachen. Und wenn's eine Einsparung geben soll findet sie logischerweise dort statt. Und das ist der Systemfehler, von dem ich rede – ja. Und die Abgabe von Pflegeheimen der Gemeinden an ausgelagerte Gesellschaften, sie ist a) ein Entzug der Kontrolle dieser Pflegeheime, ist b) Aufgabe der Einflussmöglichkeit und der sofortigen Reaktionsmöglichkeit, und es ist Drittens die Abgabe – und das halte ich für nicht unwesentlich – einer moralischen Verpflichtung, für Menschen, die in der Gemeinde alt geworden sind, selbst Sorge zu tragen. Und eine Gesellschaft wird daran gemessen, meine Damen und Herren, wie wir insbesondere mit alten und pflegebedürftigen Menschen umgehen.

Und ich halte es – und dazu stehe ich – für eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Hand, sprich in diesem Fall des Landes und der Gemeinden, diese Pflege in der notwendigen Qualität sicherzustellen und da keine Abstriche und keine Kompromisse zu machen. Wenn das einreißt, dass hier ein Sparzwang Platz greift, und sei er noch so gut gemeint und noch so gut betriebswirtschaftlich abargumentiert, wenn das Platz greift, dann sind wir nicht weit davon entfernt, die Alten und Pflegebedürftigen, die sich nicht wehren können, und deren Angehörige, allein im Regen stehen zu lassen. Und das will ich nicht – das will ich nicht -, auch wenn das sehr viel Geld kostet. Wir werden uns als siebtreichstes Land der Welt das leisten können "müssen" – darauf bestehe ich. Und es kann nicht sein, dass irgendwelche Sparzwänge, die hier artikuliert werden, dazu führen, dass systematisch – und ich wiederhole das – die Gefahr besteht, solche Missstände zu generieren. Das kann nicht sein! Und ich sag's Ihnen noch einmal: Auf den Tisch mit den Fakten durch die Prüfungen, die zu machen sind, und dann das System korrigieren. Und im Falle von Rankweil sage ich ganz klar dazu, wird das heißen, dass wir uns, wenn es nach uns geht, von der Benevit - mit einem "Dankeschön" - verabschieden und die Dinge wieder selbst in die Hand nehmen, gemeinsam mit der Region Vorderland eine regionale Lösung – ja, aber eine Auslagerung an diese Gesellschaft nicht mehr. (Beifall!)

Präsident: Danke! Landesrätin Dr. Schmid, bitte.

Dr. Schmid: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe zu Benevit und ich stehe hinter der Idee von Benevit. Und es ist keine Auslagerung, sondern die Gemeinden haben es selber in die Hand genommen und haben sich zusammengetan, haben diese Gesellschaft gegründet, um mögliche Synergien zu nutzen, um die Pflege auch in Zukunft finanzierbar zu halten. Denn genau das ist die große Herausforderung der Zukunft. Wir kennen die demographische Entwicklung und wir wissen, was auf uns zukommt. Und insofern begrüße ich es nach wie vor und stehe dazu, dass mit Benevit eine gemeindeeigene Gesellschaft gegründet worden ist.

Und was hier passiert ist, ist bedauerlich und wird intensiv, und da bedanke ich mich auch beim Bürgermeister Kohler, der das selber in die Hand genommen hat, auch einer Lösung zugeführt. Und zur Präzisierung, "angemessene Pflege nicht vorhanden bzw. aus der Dokumentation nicht ableitbar", das ist sehr wohl eine Differenz. Es hat nämlich – ich habe mir das auch selber angeschaut -, es hat in der Dokumentation gefehlt und die hat verbessert werden müssen. Ich sage aber Folgendes: Die angemessene Pflege muss gegeben sein und wir müssen alles dazu tun, dass das auch stattfindet.

Zur strukturellen Thematik. Die Struktur muss man auf zwei Ebenen sehen. Eine Ebene ist bereits angesprochen worden, das ist die intensive Betreuung, die ambulante Betreuung zu Hause. Wir haben vor wenigen, ja, nicht allzu langer Zeit, festgestellt, auch quantitativ, dass die Osthilfe für rund 100 Menschen Pflegeheim-ersetzend ist. Das heißt, 100 Menschen wären vermutlich in den Pflegeheimen, wenn die Osthilfe nicht wäre. Ein zweiter Bereich ist der, es gibt, wenn man von den Tarifen diskutiert, von der Zusammensetzung bzw. wie die Tarife verwendet werden, muss man ganz klar differenzieren: 'Hat eine Gemeinde ein neues Haus, wo sie auch noch hohe Rückzahlungen haben, oder ist es ein altes, abgezahltes Haus? Wie ist die strukturelle Situation; wie ist die Möglichkeit, das Personal möglichst gut einzusetzen?' Es ist natürlich schwierig, wenn ich einen Altbau habe, kleine Abteilungen auf mehrere Stockwerke aufgeteilt sind. Frau Sader, da ist man sehr unflexibel, wenn man einen fixen Personalschlüssel hat und nicht flexibel darauf reagieren kann.

Ein ganz wichtiger Punkt ist der, und das muss man wirklich sagen und auch dankenswerterweise von Landesseite anerkennen: Sehr, sehr viele Gemeinden investieren sehr viel, zusätzlich zu dem, was über den Sozialfonds refinanziert wird, mit persönlichen Abgängen in den Gemeinden. Und auch hier werden wir uns als Land mit den Gemeinden auf den Weg machen müssen, wie wir die Gemeinden unterstützen können, dass diese Abgänge verkleinert werden können und dass wir hier eine Lösung finden, und somit auch Druck von den Tarifen nehmen können. Aber nochmals, ich stehe dazu, dass Benevit ein guter und richtiger Weg ist, selbst das Thema in die Hand zu nehmen, dass die Gemeinden selbst agieren und versuchen, die bestmögliche Betreuung für unsere alten Menschen anzubieten. (Beifall!)

Präsident: Danke! Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung des Tagesordnungspunktes 12, die Beilage 126/2007. Hier gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ, der im Ausschuss die Stimmen der SPÖ und der Grünen bekommen hat. Wer im Landtag diesem Abänderungsantrag der SPÖ zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind auch hier die Stimmen der SPÖ und der Grünen. Dieser Antrag bleibt in der Minderheit.

Dann bringe ich den Stammantrag, die Beilage 126/2007, zur Abstimmung. Im Ausschuss war die Zustimmung einstimmig. Wer im Landtag zustimmt, bitte ich um ein Händenzeichen. – Das ist auch hier die einstimmige Annahme. Ich danke dem Herrn Berichterstatter. (Zwischenruf Mag. Neyer: Herr Präsident, ich bitte um das Schlusswort für den Berichterstatter.) – Bitteschön!

Mag. Neyer: Offenbar ist mir im Ausschuss entgangen, dass der Stammantrag einstimmig angenommen wurde. Ich bitte daher um Nachsicht und möchte in diesem Punkt meinen Bericht berichtigen. (Beifall!)